

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertagen
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beleghe „Soll
und Sein“ und „Kinderfreund“, Feiertags-
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
40 Blätter, Reklamseite 2.— Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ des letz-
gedruckte Wort 25 Blätter (jeweils zwei
letzte druckte Worte), jedes weitere Wort
15 Blätter, Sondernummer des ersten
Wort 15 Blätter, jedes weitere Wort
10 Blätter, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Blätter, Familienanzeigen für
Wohnungen Seite 40 Blätter, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentags, von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 293—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontokonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Volksr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 2

Schulreform.

Eine Schlussbemerkung zur Diskussion über das nächste
Schulprogramm.

Von Wilhelm Paulson.

Auf meine Ausführungen im „Vorwärts“ antworteten
Dr. W u e s t n g und Frau Dr. B ä u m e r, beide nach meiner
Reinung im sachlich zustimmenden Sinne. Da es mir in
der gegenwärtigen politischen Konstellation notwendig er-
scheint, über alle Einwendungen hinweg zu einem die Deffent-
lichkeit überzeugenden und miteifernden Aktionsprogramm
zu kommen, sei es mir gestattet, meine Ansicht noch einmal
kurz zusammenzufassen und Gegenständliches hinwegzuräumen.

Ich verwerfe aus sozialen und pädagogischen Gründen
jede Schulgliederung, die auf Grund eines einseitigen A u s-
leseverfahrens durchgeführt wird. Die Schule, als
Sammel-, Bildungs- und Lebensstätte der Jugend, ist eine
Einheit. Ausleseklassen im heutigen Sinne zerstören diese
Einheit und zerreißt die Jugend wie die erwachsene Gesell-
schaft nach Ständen und Klassen. Gesellschafts- und Bildungs-
klassen, höhere und niedere Klassen sind innerhalb unseres
heutigen Schulsystems scharf ausgeprägt. Sie bleiben be-
stehen, wenn der Gegensatz zwischen Massen- und Sonder-
schule nicht aufhört, wenn die Volksschule nicht zu einer
Rasseninstitution, zur Volksbildungsanstalt er-
hoben wird.

Ich habe die Gefahren jeglicher Art von Ausleseklassen
scharf gekennzeichnet. Aufbau und Oberklassen der Volks-
schule sind Behelfs- und Noterleichterungen. Sie stoßen für
eine geringe Zahl theoretisch Begabter niedriger Volksschichten
ein Bildungsgator auf, lassen das Massenbildungsproblem
aber ungelöst. Das Bildungselend der Volksschule und
mittelbar auch das der höheren Schule bleibt bestehen.
90 Proz. unserer Jugend verkümmern nach wie vor in ihrer
geistigen Entwicklung. Für die Wirtschaft und Kultur ist
die Volksschule fast ohne Bedeutung. Ihr Niveau muß ge-
hoben werden, Aufbau und Gliederung müssen dem Reicht-
um und der Mannigfaltigkeit individueller Begabungen
entsprechen. Die Bildungsziele müssen den Bedürfnissen der
Gesellschaft und der Wirtschaft angepaßt werden. Die Bil-
dungsweg in die Praxis des Lebens münden. Eine Aus-
lese von unten muß erfolgen, nicht von oben. Die Sach-
gliederung der Schule fordert das Können der Jugend her-
aus, macht ihre Qualitäten sichtbar, legt innere „Berechtig-
ungen“ bloß. Je schlechter das Schulwesen,
desto höher das Ansehen der Berechtig-
ungen, Diplome und Prüfungen. Die Ziel- und
Planlosigkeit unseres Bildungswesens hat zur Erfindung der
Intelligenzprüfung geführt. Je größer die Ohnmacht und
das Unvermögen der Schule, Intelligenzen zu wecken und zu
formen, desto raffinierter und lüdenloser die Tests, dennoch
Intelligenz zu entdecken.

An anderer Stelle formulierte ich es so: „Je unerbit-
licher und härter der Prüfungsmechanismus ist, je differen-
zierter die Systeme und Programme, je lauter, selbstbewußter,
unbeseidener und taktloser die Methoden werden, geistige
Qualitäten zur Neuhierung, zur „Entäußerung“, zu drän-
gen, desto größer und unheilvoller sind die Mächte der
Intelligenzzerstörung. Es gibt nur ein Mittel, unserer
geistigen Wirtschaft zu helfen: natürliche Intelligenz-
bildung nicht zu hindern.“

Sozial von der grundsätzlichen und inneren Seite der
Schulreform. Für den organisatorischen Aufbau forderte ich
die Einheitlichkeit des Schulwesens bis zum 10. Schuljahr,
für die letzten vier Jahre mit Beschränkung auf den allgemein
bildenden Unterricht. Die sechsjährige Volksschule
schule, ich muß auf meine früheren Ausführungen zurück-
verweisen („Vorwärts“ vom 3. Juni 1928) hat die Aufgabe,
die Gesamtkräfte der Jugend zu mobilisieren, sie in Arbeit
und Spiel natürlich sich formen und auswirken zu lassen.
Unsere Stunden- und Lehrpläne verlagern hierin vollständig
in dilettantischer Weise vermitteln sie dürftigste Gelehrten-
bildung. Eine Umkehr ist unter der Einwirkung neuester
psychologischer und pädagogischer Erkenntnisse bereits er-
kennbar.

Die vierjährige Volksmittelschule, obligatorisch
in den ersten, fakultativ in den letzten Jahren, legt bei völlig
umgestalteter Arbeit, unter Verzicht auf den drückenden
Stoffzwang und unter Herabsetzung der verwirrenden
Stunden- und Fächerzahl die allgemeine Bildung fort,
gliedert sich aber nach den Hauptbegabungsrichtungen, wie
es die Bedürfnisse des Gewerbes, des Handels, der Technik,
der Kunst oder der Wissenschaft es erfordern. Die Fach- und
Berufsschulen knüpfen hier organisch an. Die Gesamtheit
ihrer Oberstufen bildet die Volksoberstufe, neben
der vorläufig, verbunden mit ihr, die höhere Schule bestehen
bleibt.

W u e s t n g bekennt sich zu dieser Gliederung im vollen
Umfange, er fordert mit mir die sechsjährige Grundschule und
den Ausbau der Volksschule bis zum zehnten Jahre.
B ä u m e r will in diesem System — ob sachlich mit Recht
oder nicht — die heutigen Mittel- und Realschulen belassen,

Das Urteil des Duisburger Landesarbeitsgerichts hat das wahre
Wesen der Ausperrung in aller Schärfe aufgezeigt. Sie ist ein
Bruch des Rechts, ein Machtkampf der Scharfmacher gegen den
Staat und das Gesetz. Bei diesem Machtkampf muß der Staat
den längeren Atem haben, sofern seine Organe von dem
Willen erfüllt sind, die Achtung vor dem Gesetz und vor der Au-
torität des Staates zu erzwingen. Der Beschluß des Reichstags, den
Ausgesperrten Unterstützung zu gewähren, bedeutet in diesem Mach-
kampf einen sehr schwerwiegenden Faktor. Die Unternehmer
fürchten diese Unterstützungsaktion, sie versuchen deshalb systematisch
die öffentliche Meinung und die ihnen nahestehenden Parlaments-
fraktionen

gegen die Durchführung des Reichstagsbeschlusses auf Grund der preussischen Richtlinien

mobil zu machen.

Die der Volkspartei nahestehende Presse veröffentlicht An-
griffe gegen die Unterstützungsaktion und behauptet,
dass die Unterstützung gegen die Reichsgrundzüge zur Fürsorgepflicht-
verordnung verstoße und deshalb eine Verletzung der Staats-
autorität bedeute. Diese Behauptung ist rechtlich so unhaltbar wie
jene Unternehmerbehauptung, daß der Schiedsspruch nicht zu Recht
gefaßt worden sei. Sie soll verschleiern, daß die Unternehmer
unter Mißachtung des Rechts den Kampf gegen den Staat fort-
setzen wollen. Die Unternehmer stehen nun einmal auf dem Stand-
punkt, daß der Staat nur den Unternehmern helfen darf, niemals
über den Arbeitern.

Die „Kölnische Zeitung“ fundiert gleichzeitig an:

daß ein neuer Schritt der Volkspartei in der Frage der Unterstützung im Eisenrecht bevorstehe.

Es ist bekannt, daß die Volkspartei vor dem Beschluß des Reichs-
tages einer Unterstützungsaktion des Reiches zunächst erheblichen
Widerstand geleistet hat, so daß in dieser Zeit der Krisengerichte
und Krisengespräche bereits öffentlich von einer Regierungskrise über
den Eisenkonflikt gesprochen wurde. Die Volkspartei hat schließlich
der Unterstützungsaktion zugestimmt. Würde es sich bewahrheiten,
dass sie jetzt gegen die Durchführung Einspruch zu erheben gedenkt,
so müßte der Eindruck entstehen, daß sie vor dem Sturz der
Scharfmacher ihre bessere Einsicht preisgibt. An kräftigen Drohungen
der ausgesprochenen Scharfmacherpresse hat es ja nicht gefehlt.
Hat doch eine Zeitung mit dünnen Worten erklärt, Herr Curtius
habe kein Amt als Reichswirtschaftsminister nur von der Gnade
der Industriellen...

Es scheint die Absicht der Führer der Scharfmacher zu sein, ihre
Front gegen den Staat zu verlängern bis in den Reichs-
tag hinein. Nach ihrer Niederlage vor dem Landesarbeitsgericht

in Duisburg wollen sie es anscheinend noch bis zum offenen Konflikt
im Parlament treiben. Die Volkspartei soll in die Bresche springen,
eine Demissionierung der Minister der Volks-
partei soll die Einstellung der Unterstützung an die Ausgesperrten
bewirken. Der Plan ist einfach und klar; die der Volkspartei nahe-
stehende Presse löst über ihn keine Zweifel. Beim Wiederzusammen-
tritt des Reichstags wird man sehr schnell erfahren, ob mehr da-
hinter steckt als nur ein frommer Wunsch des Unternehmertums oder
ob in der Tat die Volkspartei Reigung zeigt, die Front der Kata-
strophepolitiker gegen den Staat, seine Autorität und das Gesetz
zu verlängern.

Wir glauben, daß es im gegenwärtigen Augenblick kein stärkeres
Mittel gibt, um eine Partei, ihre Rechtsauffassung und
Staatsmeinung in den Augen der überwältigenden Mehr-
heit des Volkes zu diskreditieren, als der Versuch, sich im
Eisenkonflikt auf die Seite der Rechtsbrecher gegen die Opfer der
Ausperrung zu stellen. Ein Sturm der Empörung im ganzen
Volke würde sich gegen den Versuch erheben, den Scharfmachern mit
Hilfe einer leichtsinnig herausgeschworenen Regierungskrise
zu Hilfe zu kommen.

Die parlamentarische Auseinandersetzung über einen derartigen
Versuch würde zu einer sehr klaren Trennung der Geister führen.
Ueber die Stimmung innerhalb der Arbeiterheit unterrichtet eine
Kundgebung der christlichen Metallarbeiter, in der
die Reichsregierung aufgeführt wird, ihrer Höhe und dem Recht
Geltung zu verschaffen.

erforderlichenfalls durch ein Notgesetz, auf Grund dessen die Betriebe wieder geöffnet werden könnten.

Diese Kundgebung der christlichen Metallarbeiter wird von der
„Kölnischen Zeitung“ als Katastrophepolitik bezeichnet. Nun auf
einmal Katastrophepolitik! Vier Wochen lang haben die Schar-
macher an der Ruhr unverantwortliche Katastrophepolitik getrieben
— nun auf einmal soll die Forderung an den Staat, daß er dem
Recht Geltung verschaffen solle gegenüber den Saboteuren des
Rechts, Katastrophepolitik sein?

Es ist allerdings zu wünschen, daß die Notwendigkeit, 230 000
Arbeiter und ihre Angehörigen zu unterstützen, bald aufhört! Die
Betriebe müssen geöffnet werden!

Das Reich muß die Arbeiter unterstützen, weil 12 Menschen
einen Primatkrig gegen das Recht des Staates führen. Es wäre
besser, wenn sich die Volkspartei bemühen würde, die Unter-
nehmer zum Abbruch der rechtswidrigen Aus-
sperrung und zur Anerkennung des Schiedsspruchs
zu bewegen, als daß sie einen Schritt gegen die Unterstützung der
Opfer des Rechtsbruchs oder auch nur eines Teiles von ihnen an-
tun würden!

„Zum Gelingen verurteilt.“

Blum über die Reparation — für die Räumung.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Der Führer der Sozialistischen Partei, Leon Blum, veröffent-
licht heute im „Populaire“ einen grundsätzlichen Artikel über die
Frage der Rheinlandräumung. Leon Blum betont zunächst, daß die
Sozialistische Internationale dessen militärische Befehung, vor allem
aber die Rheinlandräumung, die nicht weniger als 15 Jahre dauern
sollte, aufs schärfste verurteilt. Selbst die wildesten
Militaristen in Frankreich hätten so führt Leon Blum fort, der
Räumungsforderung Deutschlands nicht ein einziges stichhaltiges
Argument entgegenzusetzen. Die Berufung auf den Artikel 431 des
Versailler Vertrages könne nur zugunsten Deutschlands sprechen.
Deutschland habe abgerüstet, es habe den Dawes-Plan und den
Locarno-Vertrag angenommen und damit Sicherungen anerkannt,
die die Sicherung der Rheinlandbesetzung ergeben.

Es sei klar, daß Deutschland für die Räumung keinen Preis zu
zahlen brauche und daß es dies auch nicht tun werde. Deutschland
werde mit diesem Standpunkt auch unbedingt durchdringen. Es
habe nicht nur das Recht auf seiner Seite, sondern es könne schon

heute damit rechnen, daß die bevorstehenden Sachverständigen-
verhandlungen „zum Gelingen verurteilt“ sind.

Die Reparationskommission ernannt die Sachverständigen.

Am Montag vormittag fand im Elysee unter dem Vorsitz des
Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, der sich
wiederum mit den laufenden Reparationsverhandlungen
beschäftigte. Innenminister Lardieu erklärte nach Schluß der
Sitzung, daß die erwartete Ernennung der Sachverständigen for-
mell nicht den alliierten Regierungen, sondern der Repara-
tionskommission obliege. Die deutsche Regierung hatte
diese Frage in ihrer Demarche vom 30. Oktober ostengelassen, weil
sie selbst keinerlei Initiative ergreifen wollte. An sich können
gegen die Ernennung durch die Reparationskommission grundsätz-
liche Bedenken schon deshalb kaum erhoben werden, weil ihr im
Friedensvertrag die Mission zugeschrieben wird, von Zeit zu Zeit
die Zahlungsfähigkeit und die Hilfsquellen Deutschlands zu prüfen.

ihre grundsätzlichen Erörterungen sind dieselben. Alle schul-
reformistischen und schulfortschrittlichen Kreise erheben die
gleichen Forderungen. Die Lehrerschaft wird in ihrer er-
drückenden Mehrheit hinter ihnen stehen. Jugend und Eltern
sehnen sich nach Erlösung. Die schwer kämpfende Wirtschaft
verlangt die neue Bildungsordnung. Die Sozialdemokratische
Partei steht in ihr die Erfüllung des wichtigsten Stückes ihres
Kulturprogramms. An uns ist es, die Parlamente an die
gesetzgeberische Arbeit zu bringen. Wichtiger als aller Kampf

um das Reichsschulgesetz — ich wiederhole es — ist der Kampf
um eine vernünftige und sachliche Gestaltung unseres Schul-
und Bildungswesens. Konfessioneller Habitus verstimmt vor
den praktischen Aufgaben des Lebens. Eine Schule der pro-
duktiven Arbeit, die Schule der schaffenden, werktätigen Be-
völkerung, wird die Jugend binden über alle weltanschau-
lichen und parteipolitischen Grenzen hinaus. Zugleich wird
gerade sie am wenigsten ihre allgemeine humanistische Auf-
gabe veräumen.

Am gestrigen 26. November wurde Ferdinand Ewald 82 Jahre alt. Am gleichen Tage hat ihn der Tod aus dem Leben abgerufen, nachdem er seit Tagen sein Kammer angeordnet hatte.

Der jetzt die Augen für immer schloß, war ein Berliner Kind. In dem Berlin des Vormärz war er geboren, in dem Berlin der Entwicklung zum Kapitalismus wuchs er auf, hier erlebte er die „Gründerjahre“, nachdem er an den drei preussischen Forderungen teilgenommen, hier fand er den Anschluß an die junge sozialistische Arbeiterbewegung, in der er selbst bald hervorragend tätig werden sollte.

Als Bergolder lebte er das Leben des Arbeiters; mit bestem Verstand erfüllte ihn die Schande des Sozialistengesetzes. Aber gerade dieser Grimm führte ihn zu verstärkter Wirksamkeit, um die Blüten des Gegners zu erpicken und der unterdrückten Arbeiterschaft neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen.

Nur mit großer Mühe gelang es, die Abreisezeit wenigstens bis zum Abend des Tages auszudehnen. Dann mußte der Berliner Ewald seine Heimat verlassen. Er siedelte nach Brandenburg über, eröffnete dort ein kleines Zigarrengeschäft, um die Mittel zum Leben zu schaffen, aber er war auch am neuen Wohnort bald wieder in der proletarischen Bewegung tätig.

Die Einnahmen des Reiches im Oktober.

Das Etat-Soll bisher um 390 Millionen überschritten.

Die Einnahmen des Reiches im Oktober betragen bei den Steuern und Verbrauchssteuern 817,9 Millionen und bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 244,4 Millionen.

In den ersten sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres — April bis einschließlich Oktober 1928 — sind im ganzen 839,8 Millionen Mark aufgekomen, das sind 390,3 Millionen Mark mehr als sieben Zwölftel des Jahresfalls.

Der Mietenkampf in Wien.

Sozialdemokratische Obstruktionsreden.

Die Mietenaufwerthungsvorlage der Wiener Bürgerstadtratsregierung, über die wir gelegentlich ihrer Besprechung auf dem sozialdemokratischen Parteitag Mitte September berichtet haben, ist nach der ersten Lesung im Nationalrat dem Sonderausschuß überwiesen worden, der schon seinerzeit an der Obstruktion der Sozialdemokraten gescheitert ist.

Der König von England. Das gestrige Bulletin spricht von einer unruhig verbrachten Nacht und von der Möglichkeit einer Ausdehnung der Brüsselkonferenz.

Kompetenzkonflikt im Landtag.

Darf der vom Finanzminister vorgelegte Stellenplan abgeändert werden?

Der verstärkte Hauptausschuß des Landtages trat am Montag zur Beratung des vom Finanzminister vorgelegten Stellenplanes für 1928 zusammen.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff erklärte einleitend, daß der Landtag über seine Ausschüsse nicht das Recht hätte, die Ausführungsbestimmungen und den Stellenplan für 1928 abzuändern.

Abg. Simon (Soz.) wies gegenüber diesen Ausführungen des Ministers auf die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Volksschullehrerbesoldungsgesetz von 1920 hin, an dem wichtige Änderungen vorgenommen wurden.

Ein Zentrumsredner schloß sich diesen Ausführungen an. Er sei über die Auffassung des Ministers, daß Änderungen vom Landtag nicht mehr vorgenommen werden könnten, im höchsten Maße bestürzt.

Abg. Hamburger (Soz.) erklärte für seine Fraktion, daß diese dem Ernst der preussischen Finanzlage bei Stellung von Abänderungsanträgen Rechnung tragen werde.

Der kommunistische Redner, Abg. Rasper, bezeichnete die Stellungnahme des Finanzministers wiederholt als Betrug und wurde dafür vom Vorsitzenden zweimal zur Ordnung gerufen.

den Erklärungen des Ministers habe es überhaupt keinen Zweck mehr, einen Unterausschuß einzusetzen.

Auch ein Demokrat äußerte gegenüber den Ausführungen des Finanzministers ernste Bedenken. Der Landtag müsse das Recht der Nachprüfung behalten.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff äußerte sich nunmehr dahin, daß durch die verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Volksvertretung zweifellos überwiegenden Einfluß auf die gesetzgeberische Gestaltung der Angelegenheit habe.

Der Vorsitzende, Abg. Hirsch, schloß die Debatte mit dem Hinweis, daß nach dem interessanten akademischen Vortrag des Finanzministers sich dieser der höheren Einsicht des Ausschusses nicht verschließen müge.

Der Hauptausschuß setzte sodann zur Vorbereitung des Stellenplanes einen Unterausschuß von 18 Mitgliedern ein. Für die Sozialdemokraten gehören diesem Unterausschuß die Abgeordneten Simon, Dr. Hamburger, Klummeier und Jandert an.

Schluß mit den Fideikommissen.

Auflösung bis 1931.

Im Preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Abänderungsantrag zur Zwangsaufhebungsverordnung der Fideikommiss- und Familiengüter eingebracht.

die Fideikommissen noch immer existieren.

daß also der Artikel 155 der Reichsverfassung, der nur und einfach sagt: „Die Fideikommissen sind aufzuheben“, noch immer nicht erfüllt ist, daß noch immer Fideikommiss herrschen, obwohl nun zahlreicher Agrarpolitiker die volkswirtschaftliche Schädlichkeit dieser Ueberbleibsel aus der Feudalzeit einstimmig dargelegt worden ist.

Die mit dem Fideikommiss verbundenen Sonderrechte sind letztlich für die Allgemeinheit untragbar. Während in deutschen Westen und Südwesten infolge der dauernden Ernteausfälle landwirtschaftlicher Betriebe die Betriebsgröße immer weiter sinkt und oft bis zur Unwirtschaftlichkeit sinken muß, nur damit die Bauernsöhne bei ihrem landwirtschaftlichen Beruf bleiben können, sind besonders in deutschen Osten riesige Latifundien in den Händen weniger Landmagnaten zusammengeballt.

Ist bereits diese einseitige Begünstigung des Fideikommissarben eine schreiende Ungerechtigkeit, so ist

der volkswirtschaftliche Schaden der Unteilbarkeit der Fideikommissen

noch viel größer. Die Ansiedlung von Bauernsöhnen aus dem Westen in den Latifundien des Ostens wird dadurch verhindert, und vielfach werden dazu Fideikommissgüter von ihrem Inhaber schlecht bewirtschaftet, weil dieser während seiner Regierungsperiode bestrebt sein muß, Vermögensteile aus dem Fideikommiss für seine bei seinem Tode nicht erbberechtigten Kinder herauszugeben.

Enthält dieses Brachliegen großer landwirtschaftlicher Produktivkräfte in den Fideikommissen für die Ernährungswirtschaft schwere Schädigungen, so hat ein anderer Teil des Fideikommissrechts, die Beschränkung der Haftung der Fideikommissbesitzer für Schulden, die Sicherheit des Wirtschaftsverkehrs in zahlreichen Fällen gefährdet und zu großen Verlusten von Gläubigern geführt.

RPD-Krach.

Unterschlagungen eines IAZ-Vertreters.

Harburg-Wilhelmsburg, 20. November. (Eigenbericht.)

Der Krach in der RPD nimmt hier kein Ende. Nachdem sich die ohnehin schwache Ortsgruppe mitläßt ihrer Führung in zwei feindliche Lager spaltete und auch die Stadtratsfraktion auseinanderfiel, kommt nun das neueste Skandalstückchen ans Licht. Der hiesige Vertreter der IAZ und Leiter der Ortsgeschäftsstelle der „Norddeutschen Zeitung“, eines Ablegers des Hamburger RPD-Blattes, hat die gesamten in seinem Besitz befindlichen Kassengebeir unterschlagen.

halten, mit 35 Prozent ihrer Forderung begünstigt, da der Fideikommissbesitzer des Schuldners zur Bezahlung der Schulden nicht herangezogen werden konnte. Dieser Fall steht jedoch durchaus nicht einzeln da. Ganz besonders benachteiligt sind auch die Fideikommissbesitzer, die für Aufwendungen zu Betriebsverbesserungen während ihrer Pachtzeit in vielen Fällen vom Fideikommissbesitzer nach Ablauf der Pacht keine Entschädigung erhalten können.

Die misgünstige Reichsverfassung.

In Anbetracht dieser Zustände war es nur eine Selbstverständlichkeit, daß die Reichsverfassung die Auflösung der Fideikommissen bestimmte. Die Ausführungsverordnungen zu diesem Artikel der Reichsverfassung haben jedoch in Preußen keineswegs die Auflösung der Fideikommissen zur Folge gehabt.

Angesichts dieser skandalösen Auswirkungen der preussischen Auflösungsbestimmungen kann man den Worten des bekannten Agrarpolitikers Kereboe nur zustimmen: „Die sogenannten preussischen Auflösungsbestimmungen der Fideikommissen sind in Wirklichkeit Aufhebungs- oder Aufrechterhaltungsbestimmungen derselben, welche mit dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung: „Die Fideikommissen sind aufzulösen“, unvereinbar sind.“

Daß die Sozialdemokratie mit dieser volksschädlichen Umgehung der in der Reichsverfassung klar ausgesprochenen Auflösungsforderung durch ihren Antrag im Preussischen Landtag Schluß machen will, ist sehr zu begrüßen. Sie wird im Kampf gegen diese mittelalterlichen Ueberbleibsel die Unterstützung aller derjenigen finden, die für wirtschaftlichen Fortschritt, gegen die politischen und wirtschaftlichen Sonderrechte einiger hundert Feudalherren eintreten.

Einjährige Dienstzeit ab 1929.

Ein Fortschritt in Frankreich.

Paris, 26. November.

Der Heeresauschuß der Kammer hat Kriegsminister Painlevé mitgeteilt, daß in Anwendung des Gesetzes über die einjährige Dienstzeit die im November 1929 unter die Fahnen zu ziehenden Rekruten als erste nur ein Jahr zu dienen haben werden.

Den Kaiser uns bestellt zur Nacht! Und seine grünen Keller!

Ein Mittelstückchen schreibt uns:
In unseren Schulen stehen allmählich die neuen saargelichen
Liederbücher mit Melodienabdruck ein. Die Gesangbücher mit
Liederausgabe, die mir vorliegen, sind in diesem Jahre vom
Verlag (Kramisch u. Sohn, Berlin, Wilhelmstraße 26) geliefert
worden. Es sind neue Bücher, „nach Zustimmung der Provinzial-
synode vom Jahre 1884 zur Einführung in der Provinz Brandenburg
mit Genehmigung des Evangelischen Konsistorium.“ Der Stempel
auf der Rückseite des Titelblattes trägt die Aufschrift: „Kgl.
Konsistorium der Provinz Brandenburg in Berlin.“ Diefem
Stempel macht das Gesangbuch alle Ehre! Das Inhaltsverzeichnis
steht auf Seite XII unter dem Abschnitt „Vaterland und
Kirche“ als erstes zwei Lieder für den „Ge-
burtstag des Landesherren“ auf.

- Nr. 506: Mit Frieden hast du (Gott) uns bedacht,
den Kaiser uns bestellt zur Nacht...
Nr. 507: Vater, fröhne du mit Segen
unsrem König und sein Haus...
Nähre du die heilige Flamme,
die das Herz des Volks erweilt,
daß es unsrem Königsstamme
Liebe bis zum Tode weilt...

Unter den „Festgebeten“ ist dann auch ein Gebet für den
Geburtstag des Kaisers (Seite 514): „Wir bitten dich
(Gott) herzlich, wolle mit deiner Gnade über dem Kaiser, unsrem
Könige und Herrn. Wir danken dir, daß du abermals ein
Jahr dein Leben und seiner Regierung zu-
brachte hast...“ — — — Da wunder's uns nicht mehr, wenn
unter den Liedern für „Krieg und Frieden“ im Liede Nr. 311
der 7. Strophen zu lesen ist:

Herr Gott, wir danken dir,
daß du Land, Reich und Häuser,
den frommen Fürstenstamm
und dessen grüne Keller
bisher erhalten hast!

Wenn die Tatsache, daß Evangelischer Oberkirchenrat und
Evangelisches Konsistorium der Provinz Brandenburg die alten
Liederbücher immer wieder neu drucken lassen, nicht auch eine
andere Seite hätte, könnte man sie mit einem Lächeln abtun. So
aber? Wie lange werden solche Gesangbücher „nach Zustimmung der
Provinzialsynode mit Genehmigung des Evangelischen Oberkirchen-
rats vom Evangelischen Konsistorium“ noch herausgegeben werden?
Wie steht es damit in den anderen Provinzen? Wer hat verant-
wortlich gezeichnet? Welches Datum kommt in Frage? Die neuen
Liederbücher schweigen sich über das Jahr ihres Erscheinens aus.
Nur die Ausgabe mit Dürerschnitt trägt (versehentlich?) im Titel-
blatt die Jahreszahl 1924. Auf der Rückseite des Titelblattes
drängt an derselben Stelle der alte Stempelabdruck: „Kgl.
Konsistorium der Provinz Brandenburg in Berlin.“

Wählerfolg in Nordtirol.

Rund 3000 sozialdemokratische Stimmen mehr.

Wien, 26. November. (Eigenbericht.)

Die Gemeindevahlen in Nordtirol, mit Ausnahme der
Gemeinde Innsbruck, ergaben für die Sozialdemokraten erfreuliche
Ergebnisse. Vor allem ist die Sozialdemokratische Partei nunmehr auch
in der ehemals beherrschenden Gemeinde Innsbruck im Gemeinderat
gegenüber den Gemeindevahlen von 1922 bisher einen Zu-
wachs von rund 3000 Stimmen und 30 Mandaten
erzielt. In den zwei großen Gemeinden bei Innsbruck, Bärnz
und Wörgl, haben die Sozialisten jetzt die gleiche Stärke wie die Bürger-
schaft. Infolgedessen dürfte bei der Bürgermeisterwahl das Los
gleich sein.

Unser Mazedonien.

72 Bombenattentate in Ostbosnien.

Warschau, 26. November.

Die deutsche Sejmabgeordnete Graczyńska aus Ober-
Schlesien führte im Haushaltsausschuß u. a. aus, daß unter allen
sozialdemokratischen Parteien die schlesische die meisten Bom-
benattentate erlebt habe. Die bisher vorgekommenen 72 An-
schläge hätten sich mit wenigen Ausnahmen gegen Deutsche ge-
richtet, einer der letzten Bombenanschläge in Antonienstraße gegen
zu einem Sommerfest versammelten Mitglieder des Ver-
bandes deutscher Katholiken! In diesem Falle sei es zum ersten
Male gelungen, den Attentäter zu fassen. Doch habe er für sein
Verbrechen nur einige Tage Gefängnis erhalten. Die
Behörden haben sogar deutschen kulturellen Vereinen Sommer-
festzüge verboten und einem Festwirt mit Verletzung der
Versammlungsfreiheit gehandelt, wenn er seinen Saal für deutsche Ver-
sammlungen hergibt.

Der griechisch-türkische Völkertausch. Unterbrechung der Verhandlungen.

Sofia, 26. November.

Die Regierung erläßt in Beantwortung der Beschwerde der
griechischen Delegation bei der türkisch-griechischen Kommission für
den Völkertausch eine Erklärung, in der die Richtigkeit
des Vorgehens der türkischen Delegation bestätigt wird. Die
griechische Delegation sei der Bewegungsfreiheit beraubt
worden. Ihr sei jede Möglichkeit genommen worden, Beschwerden
türkischer Bürger in Griechenland entgegenzunehmen.
Unter diesen Bedingungen sei eine weitere Arbeit der Kommission
nicht möglich gewesen.

Nach dem griechisch-türkischen Krieg haben beide Staaten die
ihrem Gebiet wohnenden Bürger und Nationalgenossen des an-
deren Staates in unerschreiblicher Grausamkeit und Gefinnungs-
losigkeit vertrieben — „angeseidelt“ heißt man das offiziell. Es
sind um Hunderttausende Griechen in Kleinasien und
in West-Thrakien, deren Familien zumeist schon durch viele
Generationen an diesen Stellen lebten. Waren doch diese Länder
zwei Jahrhunderte in staatlicher Gemeinschaft: erst in os-
manischer, dann in türkischer.

Genosse Dittmann schreibt uns zu Hermann Müllers Erwiderung:
Darin gehe ich mit Müller völlig konform, daß Haase als
Verantwortlicher dagegen war, daß Haase aber im Gegensatz zu Müller
kein widerprüchliches Verhalten haas, daß
im Falle Liebknecht-Luxemburg eine Untersuchungskom-
mission ohne richterliche Befugnisse zur Feststellung
des Tatbestandes forderte.

Schwerer „Damm“bruch!



Nicht nur an der Nordsee sind Dämme gebrochen, sondern auch bei der Feuer-
sozialität. Direktor Damm wurde dabei ertappt, wie er die Dämme durch-
stach, durch deren Lücken gewaltige Kreditströme ins Bodenlose rauschten!

Hinter den Kulissen der KPD.

Lochspiellei — Unterschlagung — Korruption.

Unser Jenaer Parteiblatt „Das Volk“ veröffentlicht einen
folgenden aufschlußreichen Brief. Der Adressat ist der
politische Redakteur des kommunistischen „Gothaer Volks-
blatt“, Heinemann, der Briefschreiber heißt Nikolaus
Fahl, der 1923 nach Moskau gegangen und erst vor kurzer
Zeit zurückgekehrt ist. Der Brief lautet:

Jena, den 18. November 1928.

Lieber Genosse Fahl!

Du schreibst mir, daß ich in der Gothaer Mitgliederversamm-
lung sehr unglücklich operiert habe. Du mußt mir zugute halten,
daß ich erst seit kurzer Zeit wieder in Deutschland bin und deshalb
nicht wissen kann, was sich in Thüringen alles nach 1923 abge-
spielt hat. Das Mittel, was die Rechte in Gotha gegen die Partei aus-
spielen, war mir nicht bekannt. Du mußt mir in jedem Punkt Auf-
schluß geben. Mit Genossen Zimmermann habe ich schon
einige Sachen durchgesprochen. Er sagt, daß leider alle Behauptungen
wahr sind. Zimmermann sagt: die Zentrale schickte den Genossen
Dähnhardt 1924 nach Jena und den Genossen Kohl nach
Gotha.

Dähnhardt ist von Keller als Polizeispitzel entlarvt worden.

auch soll Dähnhardt an der Unterschlagung der 5000 Mark
der „Neuen Zeitung“ beteiligt sein. Kohl kam nach Gotha
und wurde von der UBR (Unterbezirksleitung) nicht anerkannt.
Kohl hat darauf einen Kreis Genossen um sich gesammelt und in
der Wohnung des Genossen Boehm die Genossen aufgefordert,
die Mitglieder der gesamten UBR der Polizei
auszuliefern, und zwar nach folgendem Plan: Zum 1. Mai
wird eine Demonstration gemacht, die UBR muß an die Spitze;

wenn nun die Demonstration zum Rathaus kommt, geht ein
Genosse zur Polizei und meldet, daß die führenden Genossen
bewaffnet sind, und einige Genossen sorgen dafür, daß in den

Zusammenstoß mit der Polizei die UBR-Mitglieder erledigt
werden.

Die Gothaer Redakteur weiß, daß unser Genosse Kohl noch Partei-
angehöriger ist. Wie Du mir mitteilst, verbreiten die rechten
Genossen in Gotha das Gerücht über mich, ich hätte 1923 beim
Waffenkauf in Suhr 3000 Dollar unterschlagen.
Das ist natürlich Schwindel. Ein anderer Genosse hat diese
Schweineerei begangen. Weiter wird behauptet, daß der Erfurter
Genosse Kellermann durch eigene Briefe Partei-
genossen verdächtig hat. Kellermann hat das zu-
gegeben... Dähnhardts Behauptung über die 500 000
Mark der Zentrale mußt Du in Gotha abstreiten. Ueber-
haupt hast Du in Gotha noch wenig gegen die Rechte durchge-
bracht. Deine Angriffe im „Volksblatt“ müssen geschickter aus-
gearbeitet werden. Dähnhardt und Konforten sind die gefähr-
lichsten, sie müssen von den Mitgliedern getrennt werden.

Es muß sich doch in Gotha ein Genosse finden, der behauptet,
daß Dähnhardt mit Sozialdemokraten in seiner Wohnung Zu-
sammenkünfte hat.

Ich denke an den Genossen Meister. Du sagst mir selbst, daß
Genosse Bismann Material gegen Dähnhardt hat. Das
muß ich unbedingt haben. Deine Ansicht, daß ich nicht mehr als
Lokalredakteur zu behalten, teile ich auch. Auch der Genosse Bismann
vertritt diesen Standpunkt. Doch müssen wir damit noch
warten. Erst müssen wir in Gotha die Rechte erledigt haben,
dann bauen wir Ruhr ab. Ich denke daran, den Genossen Härzer
nach Gotha zu bringen. Deine Eingekommenheit für Selste be-
greife ich nicht. Selste ist ein ganz gefährlicher Burke. Da stehen
wohl Weiberhaken dahinter. Deine We ist ja ein hübscher Kerl.
Grüß Riedl.

So sieht es hinter den Kulissen der Thälmann-Partei aus!

Großkampf im englischen Unterhaus.

Um die Rechte der Gemeinden.

London, 26. November. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus begann am Montag die zweite Lesung des
Gesetzentwurfes zur Reform der Lokalverwaltung, der
große parlamentarische Kampf zwischen Regierung und
Opposition, der den größeren Teil der gegenwärtigen langen Session
des Parlamentes vor den allgemeinen Wahlen ausfüllen wird. Die
Debatte wurde mit einer Rede des Gesundheitsministers Neville
Chamberlain eröffnet, der in einstündiger Rede die überaus
verwickelten Bestimmungen des Gesetzentwurfes klar zu machen suchte.
Im Namen der Arbeiterpartei unterbrachte der Abg. Arthur Green-
wood einen Antrag, in welchem die Verwerfung des Gesetzentwurfes
mit der Begründung gefordert wird, daß der Reformplan die gegen-
wärtigen Uebel des Armenrechts nicht behebe, sondern sogar
auf eine weniger demokratische Grundlage stelle, die Entwicklung
der lokalen Gesundheitsfürsorge behindere und die geplante Ver-
änderung der lokalen Besteuerung in einer Weise vornehme, die
den kleinen Kaufleuten und Haushaltungen neue Lasten auferlege.

Faschistenprozeß in Paris.

Die Ermordung des Bizekonsuls.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Am Montag begann vor dem Schwurgericht bei Nacht besetzten
Tribünen die Verhandlung gegen den italienischen Kommunisten
Serge di Modugno, der im vorigen Jahre den italieni-
schen Bizekonsul Graf Rardini in dessen Bureau er-
schossen hat. Di Modugno beugte die Tat aus Erregung dar-
über, daß es seiner Frau unmöglich gemacht wurde, zu ihm nach
Paris zu kommen.

Der „Quotidien“ nimmt offen Partei für den Angeklagten.

Di Modugno habe wohl kaum mit der Absicht zu töten den
Konsul zu sprechen verlangt. Seine Erregung sei begründet,
da er statt dessen vor den Bizekonsul geführt wurde und dieser
sein Anliegen abschlug. Im übrigen müsse man die Infamie
seiner Verfolger in Betracht ziehen. Frau Di Modugno
sei auf Befehl der italienischen Regierung zu 5 Jahren Depor-
tation verurteilt und mit ihrem Kinde von der Insel Elpari
auf die Insel Ponza, den ungesundesten Deportationsort,
übergeführt worden. Haben die Ränder, fragt das Blatt, die solche
Repressalien anwenden, ein Recht, von zivilisierten Menschen zu
verlangen, daß sie nun noch Strafen üben?

Neuer Revolveranschlag auf Faschistenpöbel.

Gestern abend wurde in Paris ein 42 Jahre alter Volsent
namens Culoglia von unbekanntem Täter durch drei Revolver-
schüsse niedergestreckt. Er wurde in schwer verletztem
Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Man glaubt, daß Culoglia,
der vor 2½ Monaten aus Mailand eingetroffen war, faschistischer
Agent war und der Rache politischer Gegner zum Opfer
gefallen ist.

Polen Vermittler?

Zwischen Rumänien und Ungarn.

Warschau, 26. November. (Eigenbericht.)

Der ungarische Außenminister Ballo trifft in den nächsten
Tagen in Warschau ein, um, wie es offiziell heißt, einen Handels-
vertrag mit Polen abzuschließen. Die eigentliche Bedeutung
dieser Reise, die in hiesigen politischen Kreisen großes Aufsehen er-
regt, liegt aber in den Besprechungen hinter den Kulissen. Es
besteht kein Zweifel, daß bei dem Besuch des ungarischen Außen-
ministers von polnischer Seite der Versuch gemacht werden wird,
zwischen Ungarn und Rumänien als Vermittler, vor allem
in dem Optantenstreit, aufzutreten. Mit diesem Versuch tritt
Polen in das langersehnte Stadium der aktiven Balkanpolitik ein.

Die Unternehmer manövrieren.

Druck auf die Reichsregierung.

Essen, 26. November. (Eigenbericht.)

Die drei Metallarbeiterverbände haben am Montag folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe gerichtet:

„Wir nehmen Bezug auf das am 24. November verkündete Urteil des Landesarbeitsgerichts Duisburg. Wir fordern nunmehr unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 6. November 1928 den Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe, des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auf, die vorgenommene Aussperrung aufzuheben und die Mitglieder anzuweisen, die Betriebe unzugänglich zu öffnen. Andem wir alle bereits entstandenen Schadenersatzansprüche aufrechterhalten, machen wir Sie auch für alle weiteren Schäden verantwortlich, die aus der Nichtbefolgung dieses Aufforderungsschreibens entstehen.“

Wiederaufnahme der Vermittlungsaktion.

Die Aussichten sehr gering.

Köln, 26. November. (Eigenbericht.)

Der Regierungspräsident hat heute seine Vermittlungsaktion zur Belegung der Aussperrung wieder aufgenommen. Zunächst hat er beide Parteien getrennt zu sich gebeten, erst die Gewerkschaften, sodann die Unternehmer. Die Gewerkschaftsvertreter haben erklärt, daß sie an dem Schiedsspruch festhalten. Die Unternehmer dagegen erklärten den Schiedsspruch für „untragbar“. Der Regierungspräsident hat nunmehr beide Parteien zu Dienstag vormittag zu gemeinsamen Verhandlungen geladen. Die Aussichten für diese Vermittlungsaktion sind im gegenwärtigen Stadium allerdings sehr gering.

Düsseldorf, 26. November. (Eigenbericht.)

Die Eisen- und Stahlkönige sind entschlossen, genau wie der Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums, so auch einem ihnen nicht genehmen Urteil des Reichsarbeitsgerichts die Stirne zu bieten. Die Rechtsfrage, die sie an den Haaren herbeigezogen haben, ist für sie nur von sekundärer Bedeutung. Sie rollen sie lediglich deshalb auf, um einen Vorwand für die Verlegung des verbindlichen Schiedsspruchs zu haben und eine Chance für dessen Aufhebung. So schwach die Rechtsposition ist, so stark ist ihre wirtschaftliche *Résistance*. Was sie jetzt durch die Aussperrung verlieren, hoffen sie verzehnfacht wieder hereinzuholen durch eine Verankerung der Löhne auf deren gegenwärtigen niedrigen Basis. Haben sie einmal in diesem Falle der Regierung den Daumen aufs Auge gedrückt, so versprechen sie sich davon für andere Fälle, in Zoll- und Preistragen wie auch auf sozialpolitischem Gebiete großen Erfolg.

Mit der Massenarbeitsperrung üben die Nordwestlichen aber nicht nur einen Druck auf die Ausgesperrten und die Metallarbeitergewerkschaften aus. Der indirekte Druck auf das ganze Wirtschaftsleben in Rheinland-Westfalen, auf die Gemeindevorstellungen macht sich tagtäglich stärker bemerkbar. Und darauf rechnen die Herren. Im Bunde mit ihrer Gesellschafter, dem Gesamtverband der Metallindustriellen, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Reichsverband der Industriellen, lassen sie durch die Fortsetzung der Aussperrung, durch Drabungen mit weiteren Aussperrungen, das Wirtschaftsleben derart in Bedrängnis bringen, um durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens die Regierung zur Kapitulation zu zwingen.

Die Auswirkung der Aussperrung.

Über 200 000 Feierschichten und 100 000 Arbeitslose.

Münster, 26. November.

Die Auswirkungen der Aussperrung im Regierungsbezirk Münster nehmen von Tag zu Tag an Ausdehnung zu. Bis einschließlich 21. November wurden nach Mitteilung der Regierung in Münster als Auswirkungen der Aussperrung gezählt: Im Bezirk Bochum 110 378 Feierschichten, dadurch betroffene Arbeiter 43 113. Die Glaseri in Stokum mit 64 Arbeitern ist stillgelegt. Im Bezirk Dortmund 77 425 Feierschichten, dadurch betroffene Arbeiter 31 110. Durch Stilllegung mittelbar betroffenen kleinerer Unternehmungen 3347 Entlassungen. Mit den Feierschichten in den Bezirken Hamm, Lünen und Herlohn ergibt sich eine Gesamtsumme in bezug der Aussperrung Nordwest innerhalb des Regierungsbezirks bis einschließlich 21. November von 203 035 Feierschichten, davon betroffene Arbeiter 83 749. Die Zahl der mittelbar und der unmittelbar durch die Aussperrung voll erwerbslos gewordenen Arbeiter innerhalb des Regierungsbezirks beträgt reichlich 100 000.

Die Zahl der Stilllegungsanträge ist in diesem Steigen begriffen. Bisher sind unter Berufung auf den Konflikt im Gebiet Nordwest 83 Stilllegungsanträge innerhalb des Regierungsbezirks Münster gestellt worden, wodurch ungefähr 15 000 Arbeiter zur Entlassung kommen bzw. schon entlassen sind. Im Siegerländer Wirtschaftsgebiet sind ebenfalls Stilllegungsanträge eingereicht worden, die etwa 10 000 Arbeiter betreffen.

Sie sollen hungern!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift „aus dem Ruhrgebiet“, in der die Wiederherstellung der gestörten Staatsautorität gefordert wird. Die Ruhrindustriellen fordern nämlich die Wiederherstellung der Staatsautorität gegenüber den widerrechtlich Ausgesperrten! Die Regierung soll gezwungen werden, den gewerkschaftlich organisierten die Unterstützung zu entziehen. Die preussische Regierung soll angeblich die Reichsgrundzüge zur Fürsorgepflichtverordnung verletzen haben.

Nun kann man den sonderbaren Verteidigern der Staats-

autorität und der Gesetzlichkeit so antworten, daß der Reichstag nicht die Regierung ermächtigt hat, Mittel zur Verfügung zu stellen, die nach den Reichsgrundzügen der Fürsorgepflichtverordnung zu verteilen seien. Daron steht in dem Beschluß des Reichstags nicht ein Wort!

Die Ruhrindustriellen, die nicht nach der Fürsorgepflichtverordnung gefragt haben, als sie die 715 Millionen bekamen, zitieren weiter einen Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers, in dem gesagt wird, daß die Fürsorge das Ziel habe, den Hilfsbedürftigen in seinem Willen und seiner Kraft so zu stärken, daß er sich durch eigenes Können, Mühen und Schaffen selbst behaupten kann. Dazu bemerken die Ruhrindustriellen:

„Daß diesem Streben der einzelnen Personen auch die solidarische Selbsthilfe, wie sie in den Gewerkschaften verkörpert wird, gleichzustellen ist, muß also ohne weiteres aus den kollektivistischen Grundgedanken des modernen Arbeitsrechts gefolgert werden.“

Wir können ausnahmsweise einmal mit den Ruhrindustriellen hier einer Meinung sein. Es war deshalb ganz richtig von der preussischen Regierung, seinen Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten zu machen, damit diese auf die solidarische Selbsthilfe der Gewerkschaften hingewiesen werden und sich gleichfalls organisieren.

Die Ruhrindustriellen müssen sich schon abfinden mit der Tatsache, daß ihre Diktatur Grenzen hat. Sie haben darauf gerechnet, daß der Staat es den Arbeitern überlassen wird, die Staatsautorität zu wahren. Und da die Ruhrindustriellen ganz sicher sein konnten, daß sie finanziell stärker sind als die Arbeiter, hofften sie, daß sie damit auch stärker sein würden als der Staat.

Der Staat hat aber die Arbeiter nicht im Stich gelassen und kann und wird sie nicht im Stich lassen. Die Ruhrindustriellen begreifen jetzt einzusehen, daß der Staat der Stärkere ist. Ihre Veruche, die Wiederherstellung der gestörten Staatsautorität dadurch herbeizuführen, daß die Regierung zur Kapitulation gezwungen wird, werden und müssen scheitern.

Wie zu erwarten war!

Auch in Hagen-Schwelm lehnen die Unternehmer ab.

Hagen (Westfalen), 26. November.

Der Märkische Arbeitgeberverband hat beschlossen, den für die märkische Eisenindustrie gefällten Schiedsspruch abzulehnen.

Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch angenommen und werden zweifellos die Verbindlichkeitsklärung beantragen. Der Schiedsspruch hält sich in so bescheidenen Grenzen, daß seine Ablehnung durch die Unternehmer nur aus „grundtäglichen“ Erwägungen zu erklären ist.

Der Betriebsrat und die „Subordination“.

Die „Mitropa“ gegen das Betriebsrätegesetz.

Eine sonderbare Auffassung von den Pflichten des Betriebsrates hat die Direktion der „Mitropa“ in Altona. Das Betriebsrätegesetz macht es den Betriebsräten zur Pflicht, im Interesse des Betriebes jede Unreinlichkeit der Betriebsleitung zu melden. Der Altonaer Betriebsrat der Mitropa erfuhr nun aus den Kreisen der Belegschaft, daß der Inspektor B. in seinem Haushalt Teppiche und Wände der Gesellschaft verwannt und außerdem auch Handwerker für seine Privatarbeiten beschäftigt habe. Durch eingehende Informationen stellte der Betriebsrat fest, daß die gegen den Inspektor erhobenen Vorwürfe zum größten Teil auf Wahrheit beruhen, worauf er die Berliner Direktion auf das Verhalten des Inspektors aufmerksam machte.

Die Folge dieser Meldung war, daß nicht etwa der Inspektor, sondern der Betriebsratsvorsitzende und der Schriftführer irrtümlich entlassen wurden, weil „in der Anzeige eines Untergebenen gegen seinen Vorgesetzten eine schwere Beleidigung liegt“.

Das Arbeitsgericht in Altona beehrte die Direktion aber eines Besseren. Der Generaldirektor der Mitropa, Dr. Rieckte, hatte es sich nicht nehmen lassen, von Berlin nach Altona zu kommen, um das Ansehen des Inspektors zu retten. Er vertrat die Auffassung, daß sich der Betriebsrat wohl um Unregelmäßigkeiten im Betriebe zu kümmern habe, aber nur dann, wenn es sich nicht um Vorgesetzte handele. Daß man in einem anderen Falle einen Angestellten wegen der Bereicherung an einem halben Stück Seife irrtümlich entlassen habe, sei ganz in der Ordnung, da dies ein offener Betrug gewesen sei. Die Vergehungen des Inspektors seien dagegen nur eine Infortuna.

Das Gericht mahnte aber nicht so mit zweifelhafte Maß, sondern verurteilte die Mitropa, die beiden Betriebsratsmitglieder wieder einzustellen und sie für die Tage zwischen der Entlassung und Wiedereinstellung voll zu entschädigen.

In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß der Betriebsrat rechtsgemäß gehandelt habe, wenn er Erkundigungen über den Inspektor eingeholt habe und daß man ihm daraus keinen Strich drehen könne.

Gehälter der preussischen Kammermusiker.

Musikerperre über die Staatsoper.

Die Besoldung der Kammermusiker an den preussischen Staatsoper in Berlin, Wiesbaden und Kassel wird schon seit Jahren von den Kammermusikern selbst wie von den deutschen Orchesterleitern allgemein als vollständig unzulänglich empfunden. Die preussischen Staatsoper sind Musikerbetriebe ihrer Art und sollten an der Spitze aller deutschen Kulturtheater stehen. Da der Nachwuchs mindestens für die Berliner Staatskapelle doch nur aus anderen Orchestern kommen kann, muß es als ein unumkehrbarer Zustand angesehen werden, wenn die Gehälter der preussischen Kammermusiker weit hinter denen der Mitglieder anderer deutscher Kulturtheater zurückstehen. Vor der im Vorjahre erfolgten allgemeinen Neuverteilung der Beamtenbesoldung stand z. B. die Besoldung der Berliner Kammermusiker an 16 (!) Stelle in der Statistik der deutschen Orchesterbesoldungen und schon wieder ist die Besoldung der Berliner Staatskapelle durch andere Orchester überfüllt worden.

Alle Bemühungen der Kammermusiker wie auch des von ihnen mit Wahrnehmung ihrer Interessen betrauten Deutschen Musiker-Verbandes, eine halbwegs befriedigende Besoldungsregelung herbeizuführen, haben sich bisher als vergeblich erwiesen. Obwohl das

neue preussische Besoldungsgesetz die Möglichkeit bietet, durch Erhöhung ruhegehaltfähiger Zulagen, die auch vom preussischen Landtag als berechtigt anerkannter Besoldungswünsche der Kammermusiker wenigstens annähernd zu befriedigen, und eine solche Regelung auch in Aussicht gestellt war, ist den Berliner Kammermusikern erst jetzt, nach einem vollen Jahre geduldigen Wartens, eine ganz unzureichende Zulage bewilligt worden. In Kassel und Wiesbaden soll diese Zulage sogar nur auf etwa 175 % jährlich bemessen werden.

In einer vom Deutschen Musiker-Verband veranlaßten Besprechung im preussischen Kultusministerium wurde von den Vertretern des Kultus- und des Finanzministeriums erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, den Besoldungswünschen der Kammermusiker weitgehend Rechnung zu tragen. Obwohl bereits jetzt zahlreiche Stellen in den Staatstheaterkapellen unbesetzt und geeignete Bewerber für die gegenwärtigen Besoldung nicht zu finden sind.

Da weitere, Aussicht auf eine Verdrängung versprechende Verhandlungsmöglichkeiten nicht mehr gegeben sind, hat der Deutsche Musiker-Verband sich genötigt gesehen, gemeinschaftliche Maßnahmen zu ergreifen und hat nunmehr die Musikerperre über die preussischen Staatsoperbetriebe verhängt. Als sehr widerstrebend hat der Verband zu diesem Mittel gegriffen, da er hat natürlich selbst das größte Interesse an einem möglichst reibungslosen Ablauf des künstlerischen Musikbetriebes. Aber er hofft durch die Sperre eine baldige Bereinigung des Besoldungsstroms und damit eine Sicherstellung des künstlerischen Hochstandes der preussischen Staatskapellen zu erreichen.

Reichskonferenz der Postler.

Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, Mitgliedschaft des Deutschen Verkehrsverbands, hält vom 26. bis 28. November im Gewerkschaftshaus ihre 7. Reichskonferenz ab. Am Montag vormittag eröffnete der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Genosse Bender die Konferenz mit einer Begrüßungsrede, in der er u. a. auch die große Aussperrung im Nordwesten unter allgemeiner Zustimmung einer scharfen Kritik unterzog. Von den französischen Organisationen des Post- und Telegraphenpersonals sind die Genossen Bonhomme und Dutailly erschienen, die in ihren Begrüßungsansprachen betonten, daß die Arbeiter und Beamten der französischen Republik stets davon überzeugt waren, daß sie nur in Gemeinschaft mit dem Proletariat der deutschen Republik ihre wirtschaftliche und soziale Hebung gerichteten Ziele erreichen können. Nach einer weiteren Begrüßungsansprache des Ministerialrates Knöner, der das Reichspostministerium vertritt, erstattete Bender den Tätigkeitsbericht.

In zweitägiger Rede ging er auf die gesamte Tätigkeit der Reichsleitung der ADP während der sich auf drei Jahre erstreckenden Berichtsperiode ein. Den Hauptteil seines Berichtes nahmen die Ausführungen ein, die sich auf die Lohn- und Gehaltsbewegungen bezogen, wobei der Redner auf die großen Schwierigkeiten hinwies, die sich einer Aufbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Personals entgegenstellten.

In der nach der Mittagspause einsetzenden Diskussion, die bis zum Ende der Nachmittagsstunde fortwährte, wurde trotz teilweise scharfer Kritik eine musterghültige Sachlichkeit bewahrt.

Treue um Treue.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter veranstaltete am Samstag in der Gesamtsammlung des Gewerkschaftshauses eine Jubiläumsfeier, die ein glänzender Verlauf nahm. 188 Mitglieder, darunter 72 weibliche, die dem Verbands 25 Jahre die Treue gehalten haben, hatten ihrer Ehrentag. Der Redaktor des Verbandsorgans, Gen. Michaell, würdigte in seiner Festrede die 25jährige Arbeit für die Organisation. Die junge Generation erwähnte er, es den Litten an Pflichterfüllung und Opferwilligkeit gleich zu tun.

Die Organisation hatte keine Mühe geschont, den Jubiläum einige gemehrte Stunden zu verschaffen. Das höchstwertige Programm des Abends wurde bestritten von dem Künstlerensemble des Deutschen Musikerverbandes, dem Ebert-Ranz-Quartett und dem bekannten Vortragskünstler Eric Eiken, die alleamt ihr Bestes hergaben, aber auch ein dankbares Publikum fanden.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress.

In New Orleans (USA.) tagt zurzeit der Kongress der amerikanischen Föderation der Gewerkschaften unter dem Vorsitz William Green. Dem Kongress liegt u. a. eine Resolution vor, die die angeschlossenen Gewerkschaften auffordert, bei künftigen Tarifverhandlungen auf die Einigung einer Klausel zu dringen, die das Recht der organisierten Mitglieder auf Teilnahme an Sympathiestreiks sichert. Ferner wird der Kongress über eine Einigung zu entscheiden haben, die eine Veränderung der Einwanderungsquoten nach Lateinamerika einschließlich Mexiko fordert.

Ziele Sachliste. Donnerstag, 29. Dezember, 20 Uhr. Prinz-Bau-Gesellschaft, 1. Festsaal, Speisehaus, Dr. med. jur. Rudolf Buchmann: „Der vererbliche Einfluß der Biogenese auf den Charakter.“
Verband der Fabrikarbeiter. Berlin, 20. Dezember, 18 Uhr. Donnerstag, 18. Dezember, 18 Uhr. 1. Festsaal, Speisehaus, Dr. med. jur. Rudolf Buchmann: „Der vererbliche Einfluß der Biogenese auf den Charakter.“
Verband der Fabrikarbeiter. Berlin, 20. Dezember, 18 Uhr. Donnerstag, 18. Dezember, 18 Uhr. 1. Festsaal, Speisehaus, Dr. med. jur. Rudolf Buchmann: „Der vererbliche Einfluß der Biogenese auf den Charakter.“

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin.

Beute, Dienstag, 19. Uhr. Sagen die Gruppen: **Santhaler** (Vollversammlung, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: Individualismus und Sozialismus). — **Brandenburger** (Vollversammlung, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Rinderarbeit und Jugendklub.“) — **Hilfensberg** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Baumgarten** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Wilmersdorf** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Wilmersdorf** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Wilmersdorf** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“)

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarchoisten.

Beute, Dienstag, 19. Uhr. Sagen die Gruppen: **Santhaler** (Vollversammlung, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: Individualismus und Sozialismus). — **Brandenburger** (Vollversammlung, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Rinderarbeit und Jugendklub.“) — **Hilfensberg** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Baumgarten** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Wilmersdorf** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Wilmersdorf** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“) — **Wilmersdorf** (Jugendklub, 19. Dezember, 8 Uhr. Vortrag: „Der Kampf der Jugend.“)

Wichtige Mitteilung für die deutsche Beamenschaft!

Jede Woche erscheint die „Beamten-Illustrierte“ 32 Seiten stark mit etwa 50 Abbildungen in mehrfarbigem Kupferdruck. Eine große Anzahl bekannter Führer, wie Ernst Remmers und Albert Galtner, sind Mitarbeiter. Auch für die Beamtenfrau und für die Familie bringt die

„Beamten-Illustrierte“ eine Fülle von Unterhaltungstoff. Sämtliche Bezüge genießen enorme Vorteile durch Wohlfahrts-Einrichtungen, Theater-Bergünstigungen, vorzügliche Reisen, Ruhegehaltszuschüsse gegen geringe Prämien; außerdem erhalten alle Abonnenten als Sondergabe in Lieferungen

einen großen **Handatlas gratis**. Jeder verlange kostenlos ein Probe-Heft!

Bestellschein für die Leser der „Vorwärts“
An die Beamten-Illustrierte
Berlin-Wilmersdorf, Bezirk 45-49
Ich abonniere die Beamten-Illustrierte
jede Woche ein Heft für 30 Pf. (zwei Haus
Name: _____
Wohnung: _____